

Volksblatt

Das Volksblatt" erscheint jeden Freitag: Sonntags mit der Illustrierten Zeitsung "Volk und Welt". International einsehbarer Monatskalendarium ist stets das "Kalendarium" des "Volksblatt". In den "Publikations-Organen der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organen veröffentlicht werden: Schriftleitungen: Preis 40 Pf. (Postgebühren zwei Deutsches Reichspostamt 4667 Vertriebs-Auskunftsstellen: mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Seitungsbedingungen: Der Zeitungspreis betru monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Für Arbeiter 1,90 Mark. Zeitungspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einzahlung, 2,20 Mark mit Postgebühr, am Postamt abnommt 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pf. im Anzeigen und 50 Pf. im Kleinanzeigen. 11. Nummer. — Hauptgeschäftsstelle: Post 4664, Bureau 4665. — Telephon: Dr. Werdhoffer 27. — Postfachkonto 20219, Halle

An die Partei!

Der Kampf um die Reichspräsidentenschaft ist eröffnet. Genosse Otto Braun ist unser Kandidat. Die Feinde der Republik zu schlagen, ist unser Ziel. Mit uns zum Schutz der Republik eine starke Sozialdemokratie. Darum soll die Partei am 20. März ihre Rechte zeigen.

Ungewisst ist der Ausgang dieses Kampfes. Gewiß ist, daß jede für unseren Kandidaten abgegebene Stimme als starkes, entscheidendes Zeugnis für die Republik politisch als Beweis fällt.

Der verlorene Reichspräsident, Genosse Ebert, hat sein Amt in vorbildlich unparteiischer Weise geführt. Nichts anderes erwarteten wir von ihm, denn er hat die Rechte und Pflichten des Reichspräsidenten mit großer Würde und Verantwortung erfüllt. Die Partei hat sich durch eigene Kraft und die Weisheit der führenden Stellen im Staat emporgearbeitet und in ihnen sein Können glänzend bewährt. Im Kampf gegen die Rechtslosigkeit im Obrigkeitsstaat trug er ehrenvolle Wunden davon. Als einer der wenigen Vertreter des arbeitenden Volkes tritt er im preussischen Dreiklassenparlament für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Er ist einer von denen, die der Frau das gleiche Recht als Staatsbürgerin erobert haben. Die Landarbeiter hat er von den Fesseln der Gefährdung befreit. Demokratisches Freiheitsstreben, soziales Mitgefühl, unblöde Verbundenheit mit den Massen des werktätigen Volkes kennzeichnen sein Wesen und Wirken.

Als Ministerpräsident des Freistaates Preußen hat er in dreieinhalbjähriger Regierungszeit Entscheidendes dazu beigetragen, das deutsche Volk vor schweren inneren Erschütterungen zu bewahren und die Einheit der deutschen Republik zu erhalten. Er hat dafür sein Amt und die Anerkennung aller Parteien erworben, die mit ihm zusammen gearbeitet haben.

Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Kandidatur des Genossen Otto Braun, die mit weit über den Kreis unserer Partei hinaus herab wirken wird.

Für sie gilt es jetzt alle Kraft einzusetzen, auf daß der 20. März ein Ehrentag für die Sache des arbeitenden Volkes werde. Es gilt, im Volk Verständnis dafür zu erwecken, daß ein Monatstakt, ein Kandidat monarchistischer Parteien, nicht überhaupt eines republikanischen Staatsbürgers werden darf.

Unter dem Kandidaten der Reichspräsidenten steht die gesamte Macht des Großkapitalismus und der Schwerindustrie, der Saute, deren wirtschaftliches Programm sich in der Versteuerung der Lebensmittel, der Rückhaltung von Rohstoffen und Geschützern, der Verlängerung der Arbeitszeit äußert. Im dieses Programm zu verwirklichen, haben sie in der Reichsregierung alle ihre angebotenen, nationalen Ziele preisgegeben. Gläubiger und Sparrer haben sie mit ihrem Außerzwecksprechen in Schamlosigkeit geprellt. Dafür haben sie sich um der Regierung andere an zu stellen, die sich ihrer gewaltigen Macht, die sie in der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht haben, zu bedienen. Zu diesem Ziel bedienen sie sich ihrer gewaltigen Macht, die sie in der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht haben, zu bedienen.

Zu diesem Ziel bedienen sie sich ihrer gewaltigen Macht, die sie in der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht haben, zu bedienen.

Gilt finden sie bei einer Partei, die sich eine Arbeiterpartei zu nennen mag. Die kommunistische Partei, die der Reichsregierung im Reich in der Partei geholfen hat und in Preußen alles tut, um den Machtkampf der Rechten gegen die Sozialdemokratie erfolgreich zu gestalten, hat auch zu diesem Zweck alle ihre Kräfte in der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht. Sie hat das getan, obwohl sie weiß, daß die Stimmen, die sie dem sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten zu entgegen verliert, nur den Feinden der Arbeiterklasse und der Republik zugute kommen können.

Im Kampf gegen diese Niedertracht gilt es, die höchste Kraft zu entfalten. Es gilt zu verbinden, daß das Erbe Friedrich Eberts in unerbittliche Hände gerät.

Die Feinde der Republik geben sich der Hoffnung hin, im ersten Wahlgang den Sieg erringen zu können. Das soll ihnen nun und nimmer gelingen! Keine Reichspräsidentenwahl, keine Wahlmöglichkeit, alle Wählerinnen und Wähler am 20. März an die Urne für Otto Braun!

Mit ungeheuren Mitteln ausgerüstet, ziehen unsere Gegner in den Kampf. Nur die höchste Opferwilligkeit und Kampfbereitschaft unserer Genossen vermag ihnen ein Gegenstück zu bieten.

Genossinnen und Genossen! Bedenkt, daß es um eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung geht! Bedenkt, daß es darum geht, in schwerem Ringen die steigende Kraft der Republik und des arbeitenden Volkes zu erproben!

Nur durch Opfer zum Ziel! Nur durch Kampf zum Sieg!

Der Parteivorstand.

Parteilastischer Scheidungsbefehl.

Die neueste Attraktion aus der SPD-Manege.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Die Reinigungsaktion in der Frankfurter SPD, ist nunmehr so weit vorgeschritten, daß drei kommunistische Stadterordnete, Frau Binder, Frau Fischer und Müller, ihre Mandate bereits niedergelegt haben. Sie dokumentieren damit, daß sie das einfache Gebot menschlicher Anstandsregeln, das sie durch Erheben von den Sitzen bei der kurzen Erhebung des verstorbenen Reichspräsidenten im Stadtparlament erfüllt haben, selbst als einen Verstoß gegen kommunistische Parteipflichten betrachten. Der nicht der Gemeinwohl dienende, sondern nur dem persönlichen Ehrgeiz dienende Scheidungsbefehl der Erntedankfestkommission des Parteivorstandes, wird offensichtlich überaus nicht auf sein Mandat verzichten, weil ihm die kommunistische Parteipflicht schon längst überdrüssig geworden ist. Sein Ausscheiden aus der Stadterordnetenkommission ist daher bald zu erwarten.

Was lächerlich ist die kommunistische Reinigungsaktion vor der Arbeiterklasse zu machen, steht oder nicht besser aus der trogionischen Geschichte der kommunistischen Führerin Emma Bloch hervor. Sie war bis zum halben Parteitag der USPD in der Beziehung des unabhängigen Frankfurter "Volkswort" in verschiedenen Briefen gegen die 21 Punkte Wustaus aufgetreten. Mit ihrem damaligen Verlobten Orsch fuhr sie nach Halle, wo sie zusammen mit Orsch zur SPD überging. Später wurde Orsch wegen parteiunwürdigen Verhaltens von der Frankfurter SPD ausgeschlossen, erwiderte durch Bloch keine Wiedererkennung in die Partei und darf dann selbst der Erntedankfestkommission das Mitgliedsbuch vor die Nase. Nun geschah das Unfassliche! Die Parteilastigkeit übernahm Frau Bloch-Orsch, die sich inzwischen hatte trauen lassen, einen parteilastigen Scheidungsbefehl! Darin teilte ihr die Parteilastigkeit mit, daß sie sich wegen der Gefahr des Verlusts kommunistischer Geheimnisse an ihrem Mann umgeben von diesem scheiden lassen müsse. Da sie aber offenbar nicht mehr zu den "überzeugten Mitgliedern" gehörte, legte sie dieses unerhörte Ansehen a. d. Sie sagte sich

der "strengsten Disziplin" nicht, weil sie der sozialdemokratischen Partei war, daß ein Parteimitglied in ihre zeitlichen Verhältnisse nichts hineinbringen habe. Kampf erhielt sie darauf von der SPD-Begrüßung eines Briefes mit der Mitteilung, daß sich die Partei von ihr "scheiden", um gegen Verästelungen geschützt zu sein.

Emma Bloch-Orsch hatte bei den kommunistischen Parteimitgliedern in Frankfurt und Umgebung großes Ansehen. Die lächerliche Verächtlichkeit der Moskauer Diktatoren mit ihrem abförmigen Scheidungsbefehl hat die SPD die beste weibliche Initiatorin genommen. Diese verwerfliche Seite der deutlichen Arbeiterbewegung wird ihre Reinigungsaktion offensichtlich so lange fortsetzen, bis sie die Arbeiterbewegung überhaupt von ihrer Existenz befreit hat.

Buttmann löst auf.

München, 17. März. (Radiotelegramm.) Der bayerische Reichstagsabgeordnete Dr. Buttmann dessen Antrag, den Reichsausschüssen, mit großer Mehrheit an. Auch die unabhängigen Ortsgruppenleiter waren der Ansicht, daß die bayerische Bewegung in der "Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" unter Führerführung die stärkste Partei entstehen könne.

Versehrter SPD-Sekretär. Auf Grund einer im Gebäude der Stuttgarter SPD vorgenommenen Durchsicht, wobei Material beschlagnahmt wurde, das den Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats bezeugt, wurde der politische Sekretär der SPD in Stuttgart, Langner, verhaftet.

Freiburger Ober-Beide. Der Stadtrat von Mannheim beschloß, zum Gedächtnis des verstorbenen Reichspräsidenten der neu zu erwerbenden Redaktionsredaktion den Namen Friedrich-Ebert-Beide zu geben.

Deutschlands Einladung nach Washington. Daily Telegrams" läßt sich aus eingegangenen Berichten entnehmen, daß auch Deutschland zu der neuen, von Präsident Coolidge geplanten Washington-Konferenz in Washington eingeladen wurde. Coolidge habe sich bereits erboten für die Einberufung der Konferenz entschieden. Er werde deshalb in der allerersten Zeit offizielle Noten nach Paris, London, Rom und Tokio senden.

Auch ein Republikaner.

Der Volkspart-Scheidungsbeurteilung als Berichterstatter der sächsischen Hallischen Zeitung.

Halle (Saale), 17. März.

Das hiesige Organ der bürgerlichen Republikaner nimmt sich in der liebevollsten Weise des Scheidungsbeurteilung an, der als Exekutivorgan einer sinnlosen Polizeimaßnahme am vergangenen Freitag unverschämtes Geänd über zum Teil völlig unzufriedene Menschen gedruckt hat. Das bürgerliche "Hallische Zeitung" hat augenblicklich einen Reporter zu Piehler geschickt, um mit diesem Führer der Republik gemeinsame Sache zu machen und die Entscheidung des Parteivorstandes zu verurteilen.

Ein sehr eigenartiges Bild! Der republikanische Offizier als Gewährungsmann und Berichterstatter des bürgerlichen Scheidungsbeurteilung gegen die Republik. Wenn es nach einem Bericht für unsere Behauptungen über die politische Qualifikation des Herrn Piehler bedacht hätte, so ist dieser Bericht erstattet. Das natürliche Selbstgefühl müßte einem Scheidungsbeurteilung, der noch dazu keine Förderung vom Unteroffizier zum Offizier der republikanischen Verfassung verdient, sagen, daß er sich eines bürgerlichen Organs weder mittelbar noch unmittelbar als Sprachrohr bedienen darf. Aber vom Orts-Nachrichten am 11. Mai 1924 bis zur Verurteilung an ein antirepublikanisches bürgerliches Geplätz ist natürlich für einen Mann bürgerlichen Geistes überhaupt nur ein kleiner Schritt.

Wie sieht diese Verurteilung aus? Piehler will im "Volkspart" Saal deutlich einen Mann gesehen haben, der auf ihn geschrien hat. Er erklärt, daß der aufgetragte, seinen eigenen Namen nicht zu schändlichen Vorzeichen drängende Piehler eine Witzfigur war. Wo ist die Witzfigur geblieben, deren Bildern Piehler beobachtet haben will? Piehler er noch irgendein Beamter, noch sonst jemand auf der Bühne ist verurteilt worden. Eine glatte Entfindung ist die Behauptung, daß Einschläge an der Wand im Rücken der Polizei Beamte für eine Verurteilung der Beamten aus dem Saal sind. In der Darstellung, die Piehler heißt es, daß er einen Schuß erwidert habe. Tatsächlich hat Piehler mindestens fünf Schüsse abgegeben und unmittelbar darauf noch einmal seinen Revolver für alle Fälle gefüllt. Der Mann bestreitet, Schüsse an der Ausübung dieses Dienstes verhindert zu haben. Er will nur Leute die Anwesenheit im Saal unterfangen haben, die seine Feinde des "Hohen Kreuzes" waren und nicht zu den Verurteilten der Verurteilten gehörten. Auch diese Behauptung ist durch Augenzeugen, die genügend Distanz zu den Dingen haben, vollkommen widerlegt und ein erneuter Beweis für den rauschartigen Zustand, in dem sich der Scheidungsbeurteilung in Offiziärsuniform befinden hat. Am Schluss seiner Vernehmung durch den bürgerlichen Reporter hat dann der taktvolle Republikaner folgendes angegeben: "Es ist charakteristisch für die objektive Stellungnahme des Herrn Schulz vom "Volksblatt", daß er sich persönlich Anklage gegen einen Beamten der Republik nicht enthalten kann."

Die Feinde des "Volksblatt" werden denken, wenn wir dem merken, daß wir der Ansicht der durchaus belanglosen Verantwortlichkeit für seine Bedeutung beizutreten. Aber wir wollen dem auf bürgerlichen Boden verurteilenden Oberleitnant noch nicht die Frage erheben, wie man er sich als Beamter der Republik fühlt. Im Gärtner-Prozess sprach der genannte Major immer nur von den Farben "Schwarz-Rot-Gelb". Von dem Verurteilten jeder Zeilen auf die ungeschicktesten solcher Benennung aufmerksam gemacht, erklärte er: "Bei uns heißt es eben nicht anders." Als jähler der vier dienliche Piehler vom Angeklagten gefragt wurde, ob er nie eine republikanische Zeitung aus Gärtners Mund gehört habe, erfolgte ein schneidendes "Nein, niemals!" Wo sollte die republikanische Zeitung der Reichsfeinde sein? Auch die erwähnte Aussage hat R. unter seinem Eide (!) gemacht. Hier befindet sich nicht darum, daß er sich in einer bürgerlichen Zeitung als republikanischer Offizier legitimieren muß.

Schließlich verwahrt sich Piehler in dem leitenden Organ dagegen, ein Emporkömmling zu sein und bemerkt, daß er wegen besonderer Fähigkeit, die er sich in 14-jähriger Tätigkeit bei der Obersten Heeresleitung im technischen Bereich erworben habe, befördert worden sei. Die Formulierung ist sehr lausendartig. Ist der Piehler Kumpel, Telefonist oder vielleicht Ordnungsgewesen? Vielleicht Kasino-Ordnungsgewesen? Wir haben ja auch für diese Art von Beförderung eine ganze Reihe recht honorabler Beispiele und werden natürlich im Falle Piehler, keineswegs erwidern. Die Formen seiner Dienstfertigkeit, sowie die Gegenwärtigkeit seines Auftretens nach oben und unten lassen die mannigfaltigen Deutungen zu.

In jedem Fall ist der Fall des Oberleitnants Piehler ein Symptom für die Gefährlichkeit gewisser Formen von Offiziersfunktion in einem System, dessen mangelhafte demokratische Durchbildung keine Gewähr für die Reinhaltung des Prinzipals "Freie Bahn dem Tüchtigen" gewährt.

Unsere Forderung nach Disziplinierung des Mannes erheben wir heute in vorläufiger Phase. Gleichzeitige verlangen wir ein disziplinarisches Vorgehen gegen einen republikanischen Offizier, der sich eines bürgerlichen, in seiner Tendenz gegen die Republik gerichteten Organs als Sprachrohr bedient.

